

3121/AB XXI.GP

Eingelangt am: 22.01.2002

DER BUNDESMINISTER
FÜR JUSTIZ

Die Abgeordneten zum Nationalrat Jakob AUER und Kollegen haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend "Trinkwasseruntersuchungen durch unbefugte Unternehmen" gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Zu 1 bis 5:

Ich verweise primär auf die Beantwortung der zur Zahl 3120/J-NR/2001 gestellten Anfrage durch den Bundesminister für soziale Sicherheit und Generationen. Aus zivilrechtlicher Sicht ist auszuführen, dass Konsumenten, die einen Vertrag mit einem derartigen unbefugten Unternehmen abgeschlossen haben, den Vertrag in der Regel auf Grund § 873 ABGB wegen Irrtums in der Person des Vertragspartners anfechten können. § 873 ABGB sieht ausdrücklich vor, dass als Irrtum in der Person jedenfalls der Irrtum über das Vorhandensein einer erforderlichen verwaltungsrechtlichen Befugnis zur Erbringung der Leistung gilt.

Weiters besteht die Möglichkeit für Mitbewerber, gemäß § 14 UWG gegen derartige Unternehmen Unterlassungs- und gegebenenfalls Schadenersatz geltend zu machen. § 14 UWG sieht darüber hinaus einen Anspruch auf Unterlassung auch für die Sozialpartner sowie ab 1.1.2001 in den Fällen irreführender Werbung auch für den Verein für Konsumenteninformation vor.

Ich werde in Zusammenarbeit mit dem Verein für Konsumenteninformation derartige Praktiken prüfen lassen und gegebenenfalls anregen, dass der Verein für Konsumenteninformation Unterlassungsansprüche gegen derartige Unternehmen geltend macht.